

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Band: 70 (1978)

Heft: 2

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Kampf der Arbeitslosigkeit in der BRD

Die Nummer 12/1977 der im Bund-Verlag, Köln, erscheinenden «*Gewerkschaftlichen Monatshefte*» ist dem Kampf der Arbeitslosigkeit in der BRD gewidmet. Der erste Beitrag aus der Feder von Karl Schwab setzt sich mit der Jugendarbeitslosigkeit auseinander. Der Autor versucht darin, mit Argumenten gegen die Parolen der Wirtschaftsverbände anzukämpfen. Trotz aller Versprechen der Wirtschaftsverbände klafft eine immer grösser werdende Lücke zwischen Lehrstellenangebot und Nachfrage. Trotz aller staatlichen Programme sind nach wie vor 100 000 Jugendliche unter 20 Jahren und mehr als 250 000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Dadurch, dass jetzt dann die geburtenstarken Jahrgänge die Schulen verlassen, wird das Arbeitslosenproblem noch akuter. Lag die Zahl der Schulabgänger in den siebziger Jahren noch bei rund 700 000, wird die Zahl anfangs der achtziger Jahre auf 960 000 ansteigen. Der wachsenden Nachfrage nach Arbeitsplätzen steht ein gesunkenes Angebot gegenüber. Dieses sank von im Durchschnitt 600 000 bis 660 000 in den sechziger Jahren bis auf 345 000 im vergangenen Jahr. Der DGB und die Gewerkschaftsjugend stellen nun ganz konkrete Forderungen um dieser Notsituation Herr zu werden:

1. Ausweitung von qualifizierten Ausbildungsplätzen in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst. Dazu müssen zumindest als erster Schritt sofort die Bestimmungen des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes angewandt werden, die eine Umlagefinanzierung für neue Ausbildungsplätze vorsehen.
2. Mehr überbetriebliche Ausbildungsplätze und schulische Vollzeitausbildungsstätten besonders in strukturschwachen Gebieten.
3. Verlängerung der Schulzeit um ein zehntes allgemeinbildendes Pflichtschuljahr mit mehr berufsbezogenem Unterrichtsangebot und dem Fach «Arbeitslehre».

4. Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres als elftes Schuljahr, das als erstes Jahr der Berufsbildung voll auf die Ausbildungszeit anzurechnen ist.

In einem weiteren Beitrag setzt sich Hartmut Seifert unter dem Titel «Arbeitslosigkeit – Argumente und Scheinargumente» mit einigen Rechenkunststücken auseinander, mittels derer gewisse Presseorgane versuchen, die Arbeitslosigkeit zu verniedlichen und von deren strukturellen Ursachen abzulenken. So zeigt der Autor, wie gewisse bürgerliche Politiker und Medien die Untergliederung der Gesamtarbeitslosenstatistik benutzen, um das Ausmass der Arbeitslosigkeit zu bagatellisieren. So wird dann beispielsweise erklärt, dass die Jugendarbeitslosigkeit kein gesellschaftliches, eng mit der gesamten Beschäftigungskrise verbundenes Problem sei, sondern eine Fülle von Einzelproblemen darstelle. Diese sogenannten Einzelprobleme werden dann konkretisiert mit mangelnder Bereitschaft, «scheinbar weniger attraktive Ausbildungs- und Arbeitsstellen anzunehmen oder sich durch Aus- und Fortbildungsmassnahmen zu qualifizieren». Ebenso wie bei der Jugend wird suggeriert, dass viele ältere Arbeitslose kein Interesse an einer weiteren Beschäftigung hätten. Die mangelnde Arbeitsbereitschaft wird immer wieder hochgespielt. Die Junge Union in Bayern geht so weit, dass sie behauptet, die Millionenarbeitslosigkeit sei nicht nur ein Zeichen des Arbeitsmangels, sondern zu einem Drittel auch ein Zeichen des Arbeitsunwillens. Mit grosser Schärfe bemerkt hierzu Karl Schwab: «Der plumpe Versuch, die Arbeitslosen und besonders die Jugendlichen als arbeitsunwillig zu diffamieren, verstärkt den Verdacht, dass entweder Lösungsmöglichkeiten nicht gesehen werden oder keine Bereitschaft vorhanden ist, solche anzupacken. Dieser Versuch, von Wirtschaftsverbänden über Massenmedien in die Öffentlichkeit lanciert, dient einzig und allein der Ablenkung von den tatsächlichen Zuständen: Nicht die Arbeitslosen sind es, die

versagen, sondern ein Wirtschaftssystem zeigt sein wahres Gesicht, in dem der Profit alles ist und der Mensch lediglich ein Kostenfaktor.»

Der dritte Beitrag stammt von Rudolf Henschel und ist mit «Arbeitslosigkeit – Konjunkturstörung oder Strukturkrise?» überschrieben. Im weiteren enthält diese Nummer der «Gewerkschaftlichen Monatshefte» Berichte zum Thema Jugendarbeitsschutz und Mitbestimmung, und in der «Internationalen Rundschau» findet man Streiflichter zur Energiepolitik in den USA und in Schweden sowie Anmerkungen zu den amerikanischen Gewerkschaften.

Jugendarbeitslosigkeit und Schulreform in Jugoslawien

Der Jugendarbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten will Jugoslawien mit seiner Reform des mittleren Schulwesens, die zum Hauptthema der öffentlichen und privaten Diskussion dieses Balkanstaates geworden ist. In der Zeitschrift für Gegenwartfragen des Ostens, «Osteuropa» (Stuttgart), Nummer 12/1977, orientiert Mira Theil unter dem Titel «Eine neue Schulreform in Jugoslawien» ausführlich über diese grundsätzliche Reform, die von vielen als eine kleine Kulturrevolution bezeichnet wird.

Das Ziel dieser Reform besteht darin, die Zahl der jugendlichen Beschäftigungslosen (zurzeit 80 Prozent aller Arbeits-

losen) zu senken. Viele von ihnen sind für Berufe ausgebildet worden, in denen man sie nicht brauchte. Diesem Organisationsmangel will man mit der Reform entgegenzutreten. Jeder Schüler soll am Ende der mittleren oder berufsorientierten Schulausbildung sein Brot verdienen können. Es geht bei dieser Reform nicht nur um eine Verbesserung der Schule, sondern um eine tiefgreifende und grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Organisation und des Bewusstseins des Menschen.

Den Hauptmangel des bestehenden Schulsystems sieht man in seiner Zweiteilung, der elitären Ausbildung einerseits, die ausschliesslich auf ein Studium vorbereitet ohne jede Berufsbezogenheit, und der Ausbildung für manuelle Berufe andererseits, die eine Weiterbildung erschwert. Das Reformprojekt dagegen soll jedem Schüler nach Wunsch und Fähigkeit eine weiterlaufende Ausbildung ermöglichen, wobei die Zahl der Auszubildenden mit den konkreten Bedürfnissen der assoziierten Arbeit übereinstimmen soll.

Parallel zur Reform des Schulsystems ist auch eine innere Reform zur Verbesserung der Methoden im Sinne von Wissensvertiefung geplant sowie eine Verbesserung der Lehrerausbildung. Von jetzt an sollte jeder Lehrer, gleich welcher Stufe, Universitätsbildung bekommen müssen, eine Forderung, die auch bei uns von Vertretern der Lehrerausbildung geäußert wird.